

Hoffnung in bedrängter Zeit

**„Seid allezeit bereit zur Verantwortung vor jedermann, der von euch
Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist.“**

(1. Petr. 3,15)

Bericht zur Lage in Kirche und Gesellschaft
für die 7. Tagung der Zwölften Kirchensynode
der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

(gemäß Art. 47 Abs. 1 Nr. 16 KO)

Frankfurt/Main, Mai 2019

von

Kirchenpräsident Dr. Dr. h. c. Volker Jung

Hoffnung in bedrängter Zeit

**„Seid allezeit bereit zur Verantwortung vor jedermann, der von euch
Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist.“
(1. Petr. 3,15)**

1. Kommunikation stärken

- 1.1 Gesellschaftliche Entwicklungen
- 1.2 Prioritäten und Posterioritäten
- 1.3 Prognosen zur Mitglieder- und Finanzentwicklung
- 1.4 Konsequenzen

2. Gemeinschaften stärken

- 2.1 Gemeinschaften leben und Gesellschaft mitgestalten
- 2.2 Erschütterung der Glaubwürdigkeit: sexualisierte Gewalt
- 2.3 Über die Gemeinde hinaus
- 2.4 Konfirmandinnen und Konfirmanden

3. Demokratie stärken

- 3.1 Historische Entwicklung und populistische Herausforderung
- 3.2 Umgang mit Populismus
- 3.3 „Vertrauen in die Demokratie stärken“ – ein ökumenischer Text
- 3.4 Demokratie und Kirche
- 3.5 Klimawandel: Engagement von Schülerinnen und Schülern
- 3.6 Europa

Schlussbemerkung

Sehr geehrter Herr Präses, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder!

Es waren gar nicht so viele. Um das Jahr 100 nach Christus gab es schätzungsweise etwas mehr als 300.000 Christinnen und Christen im Römischen Reich. Das waren 0,5 Prozent der Bevölkerung.¹ Sie waren auch keineswegs besonders angesehen. Eher das Gegenteil war der Fall. In der Geschichtswissenschaft wurde und wird deshalb immer wieder die Frage gestellt: „Warum hat das Christentum in der Antike überlebt?“² Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Im Zentrum steht sicher, dass Gott nicht als ein abstraktes Prinzip oder als eine Gottheit unter vielen verehrt wurde. In der Tradition des jüdischen Glaubens wird Gott als Person verstanden, die den Menschen barmherzig zugewandt ist. Und der Glaube an Gott wird nicht nur in einem Kult gelebt, sondern prägt das Leben.³ Für die Christinnen und Christen war klar: Unser Glaube an Jesus Christus hat Konsequenzen für die Art, wie wir miteinander leben. Wir sind füreinander da und für alle, die unsere Hilfe brauchen. Nicht alles wurde dadurch revolutioniert. Die Sklaverei zum Beispiel war zunächst nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Trotzdem gab es auch hier für den Umgang miteinander eine neue Perspektive: alle Menschen werden als Menschen geachtet, weil Gottes Liebe allen gilt. Dass Christinnen und Christen so lebten, machte ihren Glauben attraktiv – zunächst vor allem für viele einfache Menschen. Nach und nach aber auch für Intellektuelle, weil es unter den Christinnen und Christen solche gab, die sich darauf einließen, den Glauben zu durchdenken und zu erklären.

Eine Schrift im Neuen Testament dokumentiert besonders, wie die christlichen Gemeinden darum rangen, in ihrer Situation als Minderheit an ihrem Glauben festzuhalten. Diese Schrift ist der 1. Petrusbrief. Der Brief ist eine Art Rundschreiben an die Gemeinden in der Diaspora, das heißt in der Zerstreuung. Wir sind am Ende des 1. Jahrhunderts. Die Menschen in den Gemeinden werden angefeindet oder auch angegriffen. Der Brief ist der energische Appell, an Jesus Christus und damit an

¹ Diese Zahlen referiert Eckhard J. Schnabel, *Urchristliche Mission*, Witten 2002, S. 4.

² S. hierzu Christoph Marksches, *Warum hat das Christentum in der Antike überlebt? Ein Beitrag zum Gespräch zwischen Kirchengeschichte und Systematischer Theologie*, ThLZ.F 13, Leipzig 2004.

³ Meine Darstellung folgt in den Kernpunkten Jörg Lauster, *Die Verzauberung der Welt*, München 2014, S. 84 – 89.

aller Hoffnung, die mit ihm verbunden ist, festzuhalten. Ganz konzentriert ist dies in einem Satz formuliert: „Seid allezeit bereit zur Verantwortung vor jedermann, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist.“ (1. Petr. 3,15). Dieser Satz ist für mich das Leitwort für meinen diesjährigen Bericht zur Lage in Kirche und Gesellschaft.

Was hier formuliert ist, zeigt, was Christinnen und Christen stark und den Glauben attraktiv gemacht hat. Im Zentrum des Glaubens steht die Hoffnung, dass Gottes Macht, Gottes Kraft, Gottes Liebe stärker ist als der Tod und alles, was den Tod bringt. Diese Hoffnung hat ihren Grund in der Auferstehung Jesu Christi von den Toten. Die Hoffnung beinhaltet einen besonderen Blick auf das Leben: Gott schenkt Leben und Gott rettet Leben durch den Tod hindurch. Wer so glaubt und hofft, schätzt das Leben jedes einzelnen Menschen. Die Hoffnung reicht über die irdische Lebenszeit hinaus, wertet diese dadurch aber nicht ab. Sie schätzt zugleich die irdische Zeit als besondere Gabe aus Gottes Hand. Christinnen und Christen glauben, dass die Gabe des Lebens allen Menschen zuteil wird. Ihre Hoffnung ist so im Kern immer eine Hoffnung für alle Menschen – auch über den Tod hinaus. Der 1. Petrusbrief legt den Gemeinden nahe, unbeirrt diese Hoffnung zu leben – nicht aufdringlich, andere Menschen bedrängend, sondern „mit Sanftmut und Ehrfurcht“. „Und“, so geht es weiter im Text, „habt ein gutes Gewissen, damit die, die euch verleumden, zuschanden werden, wenn sie euren guten Wandel in Christus schmähen.“ (1. Petr. 3,16) Was den christlichen Glauben stark gemacht hat, was dazu geführt hat, dass der Glaube in der Antike überlebt hat, war nicht irgendeine aggressive Missionsstrategie, sondern ein Glaube, der das Leben erkennbar und überzeugend geprägt hat. Dazu kam die Bereitschaft, auch über diesen Glauben Rechenschaft abzugeben. Das heißt: den Glauben auch im Dialog zu begründen.⁴ Es wäre völlig falsch, diese Zeit zu idealisieren. Selbstverständlich war das auch damals ein Ringen und Suchen, das auch mit menschlichen Fehlern und Verfehlungen belastet war. Sonst wäre es nicht nötig gewesen, solche Briefe wie den 1. Petrusbrief zu schreiben. Aber noch einmal: Es ist erkennbar, wie der Glaube

⁴ Zur Auslegung s. Reinhard Feldmeier, Der erste Brief des Petrus, ThHK 15/1, Leipzig 2005, besonders S. 128 – 132.

Ausstrahlungskraft gewinnt, nämlich dadurch, dass Menschen von Hoffnung getragen leben und so füreinander da sind.

Mit diesem historischen und biblischen Einstieg möchte ich unseren Blick auf gegenwärtige Herausforderungen lenken. Leitend ist für mich dabei der Gedanke, dass wir heute vielfach danach fragen: Wie können wir unseren Glauben leben – als einzelne, aber auch als Kirche in dieser Welt? Und wie können wir unseren Glauben so leben, dass dies für Menschen anziehend ist – für diejenigen, die als Kirchenmitglieder zu uns gehören und auch für andere? Dabei bin ich davon überzeugt, dass ganz viele Menschen in unserer Kirche jene Hoffnung in sich haben, die nicht aus uns selbst kommt. Und dass dies nicht nur eine Hoffnung ist für sich selbst, sondern auch für diese Welt.

Ich mache drei Vorschläge. Um Rechenschaft zu geben über die Hoffnung, die in uns ist, sollten wir 1. Kommunikation stärken, 2. Gemeinschaften stärken und 3. Demokratie stärken.

1. Kommunikation stärken

1.1 Gesellschaftliche Entwicklungen

Unsere Welt ist nicht die Welt der Antike. Aber vielleicht ist uns die Situation der frühen Christenheit heute näher als in den vielen Jahrhunderten seit der Konversion Kaiser Konstantins zum Christentum. Die leitete – zumindest in Europa und Vorderasien – eine starke Prägung durch die Kirchen ein. Diese Zeit ist vorbei und das ist keineswegs zu beklagen – zumal es dabei auch einige machtorientierte und gewaltvolle Fehlentwicklungen gab. Um unsere gesellschaftliche Situation zu charakterisieren werden meistens die Begriffe Säkularisierung, Individualisierung und Pluralisierung genannt. Gesellschaften entwickeln sich ausdifferenziert, vielfältig, offen. Das ist auch gut so. Reformation und Aufklärung haben mit dazu beigetragen. Die offene Entwicklung der Gesellschaften bedeutet auch, dass es viele Optionen gibt, das Leben zu gestalten. Das ist vor allem in Wohlstandsgesellschaften so. Der christliche Glaube wird nicht mehr selbstverständlich tradiert, sondern ist eine Option der Lebensgestaltung und –orientierung. Darin sind wir übrigens der Antike nicht

unähnlich. Mit der Differenzierung der Gesellschaften geht in der Regel einher, dass Institutionen ihre Prägekraft verlieren. Der 2015 verstorbene Soziologe Ulrich Beck, ein herausragender Interpret gesellschaftlicher Entwicklungen, ist in seinem letzten, posthum veröffentlichten Buch in der Analyse noch weiter gegangen. Er schlägt vor, angesichts der gegenwärtigen Situation nicht von einem Wandel zu sprechen, sondern von einer Metamorphose, das heißt einer grundlegenden Verwandlung. Seine These: „Die ewigen Gewissheiten moderner Gesellschaften brechen weg, und etwas ganz und gar Neues tritt auf den Plan.“⁵ Nach seiner Einschätzung ergibt sie eine neue „Art und Weise unseres In-der-Welt-Seins“. Die führt er auf die unabweisbare globale Orientierung zurück, die „Normenhorizonte“ verschiebt. Es muss um das „Gemeinwohl der Menschheit“ gehen.⁶ Institutionen, die regional oder national agieren müssen, sind damit in der Regel überfordert. Gleichwohl ist gerade die unabweisbare globale Orientierung auch außerordentlich wichtig. Sie zu gestalten, ist eine gewaltige Herausforderung, aber auch eine nötige Überlebensfrage der Menschheit.

1.2 Prioritäten und Posterioritäten

Ich beschreibe dies, um anzuzeigen, dass wir es gesellschaftlich mit Entwicklungen zu tun haben, die wir weder überschauen noch als Kirche irgendwie durch organisatorische Maßnahmen und Veränderungen einfach beeinflussen könnten. Trotzdem sind wir – gerade als Christinnen und Christen – nicht ohne Gestaltungsperspektiven. Es geht darum, mit den uns gegebenen Kräften und Möglichkeiten, eben jene Hoffnung des Lebens zu bezeugen. Das ist eine Hoffnung für alle Menschen und damit übrigens eine Hoffnung in globaler Perspektive. Dabei sind wir auch gefordert, uns als Kirche zu organisieren. Wie wir dies tun, entscheiden wir in der EKHN ganz wesentlich hier: in der Synode. Die EKHN hat sich schon sehr früh dafür entschieden, Organisationsentwicklung als Daueraufgabe zu verstehen. Ich halte das für richtig – besonders in Zeiten, die von starkem Wandel geprägt sind. Die Vorstellung „Jetzt haben wir es geschafft, jetzt kann es mal ohne Veränderungen weitergehen“ ist vielleicht ein tief in uns sitzender Wunsch, aber doch letztlich eine Illusion. Wir können gemeinsam darauf achten, dass wir unnötigen „Reformstress“

⁵ Ulrich Beck, Die Metamorphose der Welt, 2. Aufl., Berlin 2017, S. 15f.

⁶ A.a.O., S. 16.

nach Möglichkeit vermeiden. Allerdings wird auch das vermutlich nicht immer gelingen.

Mit den Unterlagen für diese Synode⁷ haben Sie „Eine kleine Geschichte der Reformprojekte in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau“ erhalten, die Oberkirchenrat Wolfgang Heine auf Wunsch der Kirchenleitung verfasst hat. Die Synode hat in ihrer letzten Tagung im Herbst des vergangenen Jahres die Kirchenleitung beauftragt, Vorschläge zur Weiterarbeit an Prioritäten und Posterioritäten zu entwickeln. In der Geschichte der Reformprojekte wird dargestellt, wie die EKHN in den vergangenen fünf Jahrzehnten auf die gesellschaftlichen Entwicklungen reagiert hat. Die Kirchenleitung hält es für wichtig, sich dies bewusst zu machen, um getroffene Weichenstellungen zu prüfen. Im Rückblick wird deutlich, dass gesellschaftliche Entwicklungen soziologisch interpretiert und ekklesiologisch reflektiert wurden. Es wurde immer gefragt, wie die „Kommunikation des Evangeliums“ (Ernst Lange) unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen erfolgen kann. Dabei war der Gedanke leitend, dass Kommunikation des Evangeliums in der unmittelbaren Verkündigung ihren Ursprung hat, aber sehr viel weiter zu fassen ist. Das Evangelium hat lebens- und gesellschaftsgestaltende Kraft. Deshalb hat Kirche einen Auftrag zu Seelsorge, Bildung, Diakonie und Mitgestaltung der Gesellschaft und des Lebens in dieser Welt. Meines Erachtens ist darin – unter veränderten Bedingungen – gut das aufgenommen, was ich zu Beginn als geistliche Grundorientierung der frühen Christenheit beschrieben habe. Der Rückblick zeigt: Die EKHN hat auf die Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft reagiert, indem sie sich vielfältiger aufgestellt hat. Das betrifft sowohl die Arbeit in den Gemeinden, Dekanaten und Einrichtungen als auch in der funktionalen Arbeit. Diese ist sowohl Unterstützung und Ergänzung der Arbeit vor Ort als auch Arbeit im Dienste der Kirche als öffentliche Kirche in der Gesellschaft. Die Gemeinden waren und sind dabei im wörtlichen, nämlich tragenden Sinn die Basis. Aber es war auch immer klar, dass Kirche mehr ist als einzelne Gemeinden und dass es eine vielfältige Präsenz dieser Gemeinschaft der Gemeinden in der Gesellschaft braucht. In der ortsübergreifenden Gemeinschaft wird gelebt, was

⁷ Die folgende Passage ist zugleich die Einbringung der Drucksache Nr. 04-4/19 der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

geglaubt wird – nämlich in Christus verbunden zu sein. Das ist eine Gemeinschaft, die weit über die eigene Kirchenorganisation hinausgeht – es ist wahrhaft eine ökumenische, weltweite Gemeinschaft. Das ist die Gemeinschaft, zu der wir uns Sonntag für Sonntag im Glaubensbekenntnis bekennen: „die heilige christliche Kirche, Gemeinschaft der Heiligen“.

Dieses ekklesiologische Grundverständnis wurde im Lauf der Jahre unterschiedlich programmatisch akzentuiert. Hierfür stehen die Formulierungen und Bilder „missionarisch Volkskirche sein“, „Kirche in der Vielfalt der Lebensbezüge“, „Kirche nah bei den Menschen“. Im letzten größer angelegten Prozess „Perspektive 2025“ wurden sieben Gestaltungsprinzipien entwickelt: Abschied vom Gleichheitsprinzip (unterschiedliche Regionen unterschiedlich gestalten, ausgestalten und entwickeln); Kirche in der Vielfalt der Lebensbezüge gestalten (unterschiedliche Formen von Gemeinde anerkennen und entwickeln); unterschiedliche kirchliche Berufe anerkennen, erhalten und vernetzen; Stärkung von Selbstorganisation und Eigenverantwortung; Klarstellung und Stärkung des Leitungshandelns; in der „Fläche“ präsent bleiben, neue Formen der Kooperation finden, funktionale und parochiale Aufgaben verknüpfen, regionale Akzente setzen; höhere Sprachfähigkeit aller Mitarbeitenden erreichen bezüglich ihres Glaubens und der Identifikation mit dem kirchlichen Auftrag.

In Orientierung an den Gestaltungsprinzipien wurden wesentliche Entscheidungen getroffen und damit Prioritäten gesetzt. Ich nenne hier nur einige, mit denen auch hohe strukturelle Aufwendungen verbunden sind:

- Relative Stabilität in den Zuweisungen an Gemeinden und Dekanate – damit verbunden Stärkung von regionaler Verantwortung und Kooperationen.
- Bleibende Präsenz im Bereich der Kindertagesstätten.
- Beibehaltung des seit Anfang der 90-er Jahre weitgehend konstanten Verhältnisses von Gemeindepfarrstellen zur Zahl der Gemeindeglieder (durchschnittlich 1:1.650).
- Stabilität in den Soll-Stellenplänen im kirchenmusikalischen und gemeindepädagogischen Dienst.

Die Kirchenleitung schlägt Ihnen, hohe Synode, vor, in den kommenden Monaten bis zur Herbstsynode die ekklesiologischen Grundlagen und die Ergebnisse der bisherigen Prozesse zu sichten. Zwei Leitfragen sollten dabei herangezogen werden:

- Ist die Kirche von morgen noch eine Kirche der Vielfalt und wie und woran zeigt sich das?
- Welche Gestaltungsprinzipien sind nach wie vor gültig, welche müssen geprüft, verändert werden und welches Prinzip sollte gegebenenfalls dazukommen?

Die Kirchenleitung hält dies für erforderlich, da unter anderem zu entscheiden ist, welche weiteren Maßnahmen für den Klimaschutz und die digitale Transformation in den nächsten Jahren auf den Weg gebracht werden sollen. Dabei müssen wir auch prüfen, ob wir an unseren bisherigen Priorisierungen festhalten. Dies gilt besonders, wenn wir die Prognosen über die Mitglieder- und Finanzentwicklung einbeziehen, über die ich gleich berichten werde. Trotz dieser offenen Situation wird die Kirchenleitung in der Herbstsynode Vorschläge zu den anstehenden Entscheidungen zum Bibelhaus, zu St. Johannis in Mainz und zu den Tagungshäusern machen. Diese stehen selbstverständlich im Zusammenhang der bisherigen Überlegungen und werden auch aus diesen heraus begründet. Bereits jetzt ist klar, dass dann über diese Vorschläge – auch in der Zusammenschau mit den bis dahin geprüften und vielleicht auch weiterentwickelten Grundsatzüberlegungen – debattiert werden muss. In Ihren Unterlagen finden Sie auch einen praktischen Vorschlag zum Verfahren, über den wir uns verständigen müssen.

1.3 Prognosen zur Mitglieder- und Finanzentwicklung

Um Entscheidungen treffen zu können, ist es unbedingt erforderlich, dass wir uns über die Rahmenbedingungen unserer Planungen verständigen. Dabei helfen uns die Prognosen zur Mitglieder- und Finanzentwicklung. Selbstverständlich stehen solche Prognosen immer unter dem Vorbehalt, dass es auch Entwicklungen geben kann, die zurzeit niemand im Blick hat – sowohl positiv als auch negativ. In diesen Tagen hat das Forschungszentrum Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg unter der Leitung von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen erstmals die Ergebnisse einer koordinierten Mitglieder- und Kirchensteuervorausberechnung für die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland vorgelegt. Fabian Peters,

ein Mitarbeiter der Forschungsstelle, wird uns morgen die Ergebnisse für die EKHN präsentieren. Er wird erläutern, dass die gute finanzielle Entwicklung der letzten Jahre zwei Gründe hat: zum einen die positive Konjunktur und zum anderen der Umstand, dass die geburtenstarken Jahrgänge derzeit in der Phase der höchsten Steuerzahlungen sind. Das aber wird sich in den nächsten Jahren ändern – voraussichtlich nicht in einem dramatischen Einbruch der Kirchensteuereinnahmen, wohl aber in einem spürbaren Rückgang der immer noch guten finanziellen Ressourcen. Anders wird dies aber in mittel- und langfristiger Perspektive. Bis zum Jahr 2060 wird sich die Mitgliederzahl der evangelischen Kirchen in etwa halbieren. Das hängt am demografischen Wandel. Aber – und das ist die entscheidende neue Erkenntnis, mit der die Studie konfrontiert – zu weniger als die Hälfte. Etwas mehr als die Hälfte des Mitgliederrückgangs hängt an der Zahl der Taufen, der Austritte und der Wiederaufnahmen. Raffelhüschen kommentiert die Studie so: „Ich hoffe, dass die Projektion der evangelischen Kirche hilft, differenziert auf die Gründe des Mitgliederrückgangs zu blicken. Wenn mehr als die Hälfte des Rückgangs auf die zurückgehende Bindungskraft der Institution verweist, ist für den Mitgliederverlust nicht allein der zweifellos unumkehrbare demografische Wandel verantwortlich. In diesem Sinn ermutige ich dazu, unsere Ergebnisse nicht als Untergangsprophetie zu lesen, sondern nach Zusammenhängen zu suchen, auf die Einfluss genommen werden kann. Hier liegt eine echte Generationenaufgabe. Und das meine ich durchaus positiv. Denn unsere Analyse macht deutlich, dass die Kirche gerade in den kommenden zwei Jahrzehnten weiterhin über Ressourcen zur Umgestaltung verfügt.“⁸ Die Studie zeigt außerdem auf, dass die Wahrscheinlichkeit mit der Menschen aus der Kirche austreten, am größten in der Altersgruppe der 20 bis 35-Jährigen ist – und da bei den Männern größer als bei den Frauen. Es lässt sich sogar noch weiter zuspitzen. In dieser Altersgruppe fallen unter anderem zwei für die Kirche bedeutende Entscheidungen. Junge Menschen entscheiden, ob sie in der Kirche bleiben oder nicht, und sie entscheiden, ob sie ihre Kinder taufen lassen oder nicht.

⁸ Kirche im Umbruch. Zwischen demografischem Wandel und nachlassender Kirchenverbundenheit. Eine langfristige Projektion der Kirchenmitglieder und des Kirchensteueraufkommens der Universität Freiburg in Verbindung mit der EKD, Hg. Evangelische Kirche in Deutschland, Hannover 2019, S. 5.

1.4 Konsequenzen

Auch im Blick auf diese Entwicklungen ist klar, dass gesellschaftliche Trends wirksam sind, die sich nicht einfach verändern lassen. Trotzdem sollten wir uns damit nicht beruhigen. Es wäre unangemessen, auf diese Erkenntnisse mit neuen Programmen zu reagieren, die ein „Wachsen gegen den Trend“ proklamieren. Allerdings wäre es auch unverantwortlich, diese Entwicklungen einfach so laufen zu lassen. Das muss ich begründen, und zwar theologisch. Zu Recht wird gesagt, Kirche ist nicht um ihrer selbst willen da. Kirche ist für die Menschen da. Wir wissen auch, dass wir Glauben nicht einfach machen können, so sehr wir uns auch darum bemühen. Deshalb wird immer wieder argumentiert, Kirche dürfe in keiner Weise bestandssichernd denken. Und ein an allein an Mitgliederzahlen und Finanzkraft orientiertes Denken ist zweifellos in der Gefahr, die Sicherung des Bestandes der eigenen Organisation an die erste Stelle zu rücken. Wenn wir aber überzeugt sind, dass wir von einer Hoffnung getragen sind, die auch für andere Menschen gut ist, und wenn wir überzeugt sind, dass wir diese Hoffnung in unserer Kirche gut leben und mit dieser Kirche gut bezeugen können, dann dürfen, ja dann müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, was wir tun können, um Menschen für diese Hoffnung und für unsere Kirche zu gewinnen. Dabei müssen wir uns immer vor Augen halten, dass der Glaube immer das Ziel ist, aber nicht die Wirkung unserer Arbeit ist.⁹ Woran uns aber gelegen sein muss, ist „bereit zu sein zur Verantwortung vor jedermann, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist.“

Was ist zu tun? Ich habe diesen Abschnitt unter die Überschrift gestellt „Kommunikation stärken“. Das gilt in mehrfacher Hinsicht. Wir müssen intensiver mit den Menschen in Kontakt kommen, die zu unserer Kirche gehören und zu denen, die sich für uns interessieren. Dazu gehört auch, besser zu verstehen, was Menschen in den unterschiedlichen Lebensphasen von ihrer Kirche erwarten und brauchen, damit sie eben von jener Hoffnung berührt werden, die trägt und prägt. Im Blick auf die Altersgruppe zwischen 20 und 35 ahnen wir, dass sie auch in einem Prozess der

⁹ S. hierzu Michael Domsgen, Von Generation zu Generation: Was tun, wenn das nicht mehr zu funktionieren scheint? Eine religionspädagogische Annäherung, ZThK 115, 2018, S. 474 – 497, besonders S. 495.

Abwägung ist: Was bringt mir die Zugehörigkeit zur Kirche und was kostet sie mich? Das ist insbesondere bei denen zu erkennen, die in Regionen unserer Kirche mit hohen Lebenshaltungskosten leben. Dort sind auch unsere Austrittszahlen höher als anderswo. Für manche ist es frustrierend, dass die Mitgliedschaft in ihrer Kirche nicht einmal bedeutet, einen Kita-Platz in einer Kindertagesstätte ihrer Kirche zu bekommen. Ich weiß, dass dies ein schwieriges Thema ist. Es geht nicht darum, die Offenheit für alle in irgendeiner Weise einzuschränken, sondern darum, wie wir es ermöglichen können, dass evangelische Eltern für ihre Kinder einen Platz in einer evangelischen Kindertagesstätte vor Ort bekommen können, wenn sie dies wünschen. Ich rege an zu prüfen, was hier möglich ist. Bei manchen reißt der Kontakt zur Kirche offenbar beim Wechsel des Wohnortes ab. Es gelingt uns – so vermute ich – nicht, allen zu sagen und zu zeigen: „Wir leben eine Hoffnung, die Kraft und Orientierung im Leben gibt – für euch persönlich und für diese Gesellschaft. Wenn ihr uns braucht, sind wir für euch da.“ Da lässt sich sicher noch manches andere mehr sagen. Deshalb wäre es wichtig, genauer zu verstehen, was Menschen von ihrer Kirche erwarten und brauchen. Kommunikation stärken bedeutet für mich: hinhören, verstehen und auch bereit zu sein, Auskunft zu geben. Um auch hier die Worte des Petrusbriefes zu gebrauchen: „mit Sanftmut und Ehrfurcht“.

Wenn ich darüber nachdenke, Kommunikation zu stärken, gehört für mich auch dazu, die unersetzbare Kommunikation von Mensch zu Mensch mit der medialen und digitalen Kommunikation zu verbinden. Der Hausbesuch und die Begrüßung nach einem Umzug gehören genauso dazu wie gute Informationen und Kommunikationsmöglichkeiten im Internet und Instagram-Aktionen für Jüngere. Kommunikation stärken heißt für mich zudem, die Kommunikation in unserer Kirche zu stärken. Gerade angesichts der Herausforderungen in dieser vielfältigen Gesellschaft gehört für mich dazu, dass wir uns weiter darüber verständigen, wie wir Kirche sein wollen. Der Rückzug in eine fromme Innerlichkeit oder ein gemeindliches Vereinsleben ist für mich keine Option. Es geht darum, die Hoffnung, die in uns ist, in dieser Welt und für diese Welt zu leben.

2. Gemeinschaften stärken

2.1 Gemeinschaft leben und Gesellschaft mitgestalten

Die Botschaft des 1. Petrusbriefes an die Gemeinden war deutlich. Sie lautete: Auch wenn ihr angegriffen und angefeindet werdet, schlagt nicht zurück. Beeindruckt vielmehr die Menschen um euch herum dadurch, wie ihr als Christinnen und Christen miteinander lebt und durch das, was ihr so in die Gesellschaft, in der ihr lebt, hineintragt. Christinnen und Christen grenzten sich damals an bestimmten Punkten klar ab. Sie nahmen zum Beispiel nicht an heidnischen Festen teil. Ihnen wurde deshalb vorgeworfen, sie seien gemeinschaftsfeindlich. Sie folgten nicht bestimmten, menschenverachtenden Praktiken, wie etwa der Möglichkeit für den antiken Hausvater, kleine Mädchen abgeben oder aussetzen zu können.¹⁰ Die Gemeinden reagierten in einer bedrohlichen Umwelt allerdings nicht dadurch, dass sie sich aus ihr zurückzogen. Sie akzeptierten die weltliche Obrigkeit und nahmen ihre bürgerliche Verantwortung wahr, sofern nicht etwas verlangt wurde, was ihrem Glauben entgegenstand. Damit war deutlich: Christliche Hoffnung zu leben bedeutet, Gemeinschaft zu leben und Gemeinschaft zu gestalten. Es bedeutet immer, auch Verantwortung für das Zusammenleben aller Menschen zu übernehmen.

Sich dies klarzumachen, ist gerade heute außerordentlich wichtig. Immer wieder werden Stimmen laut, die sagen: Ihr Kirchen haltet euch raus aus der Politik, kümmert euch um Spiritualität und Seelenheil. Natürlich darf Kirche keine Parteipolitik machen, aber Spiritualität und gelebter Glaube lassen sich nicht trennen. Es geht gerade darum, aus der spirituellen Kraft des Glaubens heraus Gemeinschaft zu leben und so dazu beizutragen, Gesellschaft zu gestalten. Anders gesagt: Von Hoffnung zu reden und für Hoffnung zu werben, nützt nichts, wenn dies nicht von gelebter Hoffnung getragen ist, die mitgestaltet. Und dazu gehört auch das Politische.

2.2 Erschütterung der Glaubwürdigkeit: sexualisierte Gewalt

Weil die Art, wie Menschen leben, Glauben ausdrückt, deshalb ist es umso schlimmer, wenn das Gegenteil von dem gelebt wird, was geglaubt wird. So stellt sexualisierte Gewalt im Verantwortungsraum der Kirchen zutiefst die Glaubwürdigkeit

¹⁰ S. Marksches (wie Anm. 2), S. 48.

in Frage. Ich habe in der letzten Synode über die Situation in unserer Kirche berichtet. Bei allem, was wir wissen, ist die Situation anders als in der katholischen Kirche. Aber jeder einzelne Fall ist für die Betroffenen außerordentlich gravierend – oft so, dass Hoffnungsperspektiven aus einem Leben verschwinden. Und jeder einzelne Fall ist darum auch für eine Institution, der es darum geht, Menschen zu stärken, zutiefst erschütternd. In einem Papier der EKD heißt es zu Recht: „Die Evangelische Kirche steht in der Verantwortung, Kinder, Jugendliche und andere Schutzbedürftige vor sexueller Gewalt zu schützen, Täterstrategien auszuhebeln und sexualisierte Gewalt zu verhindern.“¹¹ Das bedeutet, dass wir Verantwortung für verursachtes Leid übernehmen, das in unserer Kirche geschehen ist, Aufarbeitung vorantreiben und Präventionsarbeit weiterentwickeln. Als EKHN tragen wir dazu bei, dass der Elf-Punkte-Handlungsplan der EKD realisiert wird. Dazu gehören unter anderem die Einrichtung einer unabhängigen Ansprechstelle, die Bestellung einer unabhängigen Kommission auf landeskirchlicher Ebene, die Erarbeitung einer Konzeption zur Aufarbeitung und die Durchführung einer Dunkelfeldstudie. Ich habe persönlich einen Brief an den Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung geschrieben, um Fragen zu bearbeiten, die sich aus unserer bisherigen Aufarbeitung seit 2010 ergeben haben. Wir müssen alles uns Mögliche tun, um Betroffenen gerecht zu werden und die Präventionsarbeit weiter zu stärken. Nur so lässt sich verlorengewonnenes Vertrauen wiedergewinnen.

2.3 Über die Gemeinde hinaus

Nach dem Blick auf das, was Glaubwürdigkeit erschüttert, möchte ich über positive Erfahrungen berichten, die Gemeinden machen, die sich nach außen orientieren. Der Visitationsbericht, der Ihnen zu dieser Synode vorgelegt wird und der auch noch näher erläutert wird, hat die Überschrift „Über die Gemeinde hinaus“.¹² In ihm wird beschrieben, dass Gemeinden sich sehr viel stärker als früher in das Gemeinwesen beziehungsweise den Sozialraum hinein orientieren. Sozialdiakonische Arbeit ist ein Aspekt dieser Orientierung nach außen. Oft geht es sehr grundsätzlich darum, das Gemeinwesen mitzugestalten. In manchen Gemeinden geschieht dies durch die Arbeit in den Kindertagestätten oder Familienzentren. In anderen Gemeinden durch

¹¹ 1pager Kirchenkonferenz März 2019, Hg. EKD, unveröffentlicht.

¹² Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Drucksache Nr. 05/19.

vernetzte Arbeit mit Kommunen, Vereinen, Schulen und Aktionsbündnissen. Sie reicht über die Organisation von Treffpunkten, Hilfsangeboten bis hin zur gemeinsamen Feier von Festen und Gottesdiensten. Mancherorts haben die Organisation der Aufnahme von geflüchteten Menschen und die Förderung der Integrationsarbeit Impulse zu einer neuen Orientierung nach außen gegeben. Anderswo sind es bewusste konzeptionelle Entscheidungen der Kirchenvorstände. Außenorientierung von Gemeinden bedeutet auf jeden Fall viel ehrenamtliches Engagement. Es bedeutet in der Regel auch, dass Milieugrenzen überschritten werden. Was fachlich unter dem Begriff „Sozialraumorientierte Gemeinwesenarbeit“ beschrieben wird, zeigt zugleich ein neues Miteinander von Kirche und Diakonie. In der EKHN ist hier manches auf dem Weg, zum Beispiel die Diakoniekirche in Offenbach, WESER 5 in Frankfurt, das Kinder- und Beratungszentrum Sauerland in Wiesbaden, der Dorftreff Neue Mitte in Wallernhausen, das Mehrgenerationenhaus in Groß-Zimmern, das Centrum der Begegnung in Mainz und natürlich die 28 DRIN-Projekte. Ich denke: Das ist eine sehr gute Entwicklung. Gemeinschaft zu leben und das Gemeinwesen mitgestalten, steht in der guten Tradition dessen, was in der Antike dazu geführt hat, dass Menschen in einem guten Sinn vom Glauben der Christinnen und Christen beeindruckt waren.

2.4 Konfirmandinnen und Konfirmanden

Gemeinschaft leben und das Zusammenleben der Gesellschaft gestalten, ist für gelebten Glauben außerordentlich wichtig. Das möchte ich an einem Beispiel zeigen, das Sie an dieser Stelle vielleicht nicht unbedingt erwartet hätten. Ich stelle es aber bewusst in diesen Zusammenhang. Es ist die Arbeit mit Konfirmandinnen und Konfirmanden. Sie ist für viele Gemeinden und für viele Pfarrerrinnen und Pfarrer ein Herzensanliegen. Das ist auch zu spüren. Im vergangenen Jahr wurden Ergebnisse einer zweiten bundesweiten Studie zur Konfirmandenarbeit veröffentlicht. Die erste fand in den Jahren 2007 / 2008 statt. Die Erhebung für die zweite Studie in den Jahren 2012 bis 2015. In ihr wurde auch die Zeit nach der Konfirmation in den Blick genommen. Ich referiere in knappen Zügen einige der wichtigsten Ergebnisse.¹³

¹³ S. hierzu vor allem Wolfgang Ilg, Michael Pohlers, Aitana Gräbs Santiago, Friedrich Schweitzer in Verbindung mit Matthias Otte und Peter Schreiner (Hg.), Jung – evangelisch – engagiert. Langzeiteffekte der Konfirmandenarbeit und Übergänge in ehrenamtliches Engagement im biografischen Horizont, Konfirmandenarbeit erforschen und gestalten Bd. 11, Gütersloh 2018.

Im Vergleich zu vielen anderen Prozessen erweist sich die Konfi-Arbeit als erstaunlich stabil. 90 % der evangelischen Jugendlichen lassen sich konfirmieren, auch wenn die absolute Zahl der Konfirmandinnen und Konfirmanden zwischen 2006 und 2016 um fast 30 % gesunken ist.

Bedeutsam ist die Konfirmation nach wie vor als Kasualie. Die Jugendlichen betonen (vor allem im Rückblick), wie wichtig für sie die Familienfeier und der Segen war – noch vor den Geldgeschenken.

In den umfangreichen Befragungen kommt eine hohe Wertschätzung zum Ausdruck. Kurz vor der Konfirmation sind rund 75 % der Befragten mit der Konfi-Zeit zufrieden – ebenso mit den Pfarrerinnen, den Pfarrern und den Mitarbeitenden sowie mit Freizeiten und Camps. In der EKHN liegen die Werte sogar noch etwas höher.

Beachtlich ist auch, dass ein positives Kirchenbild überwiegt. Drei Viertel stimmen der Aussage zu, dass „die Kirche viel Gutes für die Menschen tut“. Allerdings geben nur wenige der Jugendlichen an, dass es ihnen wichtig sei, zur Kirche zu gehören. Das korrespondiert damit, dass weniger als die Hälfte eine Lebensrelevanz von Kirche, Gottesdienst und Konfi-Zeit für sich erlebt haben.

Bei den religiösen Einstellungen sticht heraus, dass ein menschenfreundlich-caritatives Gottesbild vorherrscht. Schöpfungstheologische und christologische Aussagen haben geringere Zustimmungswerte.

Interessant ist, dass der Gottesdienst von den Konfirmandinnen und Konfirmanden als langweilig erlebt wird. Gleichzeitig geben aber zwei Drittel an, dass sie insgesamt mit den Gottesdiensten der Konfi-Zeit zufrieden sind. Die Zufriedenheit steigt, wenn sie auch jugendgemäße Gottesdienste erlebt haben oder in irgendeiner Form an der Gestaltung der Gottesdienste beteiligt waren. Partizipative Ansätze machen sich zweifellos bemerkbar, Ansätze also, die Konfirmandinnen und Konfirmanden auch in die Gemeinschaft der Gemeinde mit hineinnehmen.

Ein besonderes Interesse der Untersuchung liegt im Bereich des ehrenamtlichen Engagements – insbesondere der Teamerinnen und Teamer. Diese Zahl hat sich zwischen der ersten und der zweiten Untersuchung noch einmal deutlich gesteigert – trotz rückläufiger Zahlen der Konfirmierten. Motive sind im Wesentlichen positive Erlebnisse in der Gemeinschaft. Wenn Jugendliche während der Konfirmandenzeit in Gemeindepraktika oder auch als Teamerinnen und Teamer ehrenamtliche Tätigkeit kennenlernen und ausprobieren können, steigert das deutlich die Bereitschaft zu

ehrenamtlichem Engagement und auch die Verbundenheit zur Kirche. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass das spätere ehrenamtliche Engagement ein kirchliches Engagement ist. Deshalb kommt die Studie zu dem Ergebnis: Die Konfi-Arbeit leistet einen beachtlichen Beitrag zum zivilgesellschaftlichen Engagement überhaupt. Auch hier gilt: Es ist Arbeit, die über die Gemeinde hinausgeht. Allerdings zeigt die Befragung von Nicht-Engagierten auch, dass eine große Zahl angibt, gar nicht erst gefragt worden zu sein, ob sie sich engagieren wollen. Die Autorinnen und Autoren der Studie sehen hier ein beträchtliches Potential, das noch nicht ausgeschöpft wird.

Die Freiburger Studie zur Mitgliederentwicklung zeigt, dass es in den Jahren unmittelbar nach der Konfirmation eine relativ große Stabilität, also wenig Kirchenaustritte gibt. Es ist also – zumindest im Blick auf die Kirchenmitgliedschaft – nicht so, dass die Konfirmierten dann schlagartig der Kirche den Rücken kehren, schon gar nicht diejenigen, die zur aktiven Mitarbeit eingeladen wurden. Irgendwann geht dann aber offenbar die Verbindung zur Kirche als Gemeinschaft verloren.

Die Studie zur Arbeit mit Konfirmandinnen und Konfirmanden bietet viele Ansatzpunkte, um darüber zu diskutieren. Manche werden fragen, ob es nicht die eine oder andere stärkere inhaltliche Akzentsetzung braucht, die zu einem klareren Bekenntnis zu den Glaubensaussagen führt. Eine solche Erwartung und vielleicht auch pädagogische Orientierung würde – so denke ich – an den Jugendlichen vorbeigehen. Der Erfolg unserer Arbeit mit Konfirmandinnen und Konfirmanden dürfte darin liegen, dass Glaubensinhalte mit Gemeinschaftserfahrung verknüpft sind, ja vielmehr die Gemeinschaft selbst auch Teil gelebten Glaubens ist. Daran gilt es anzuknüpfen. Eine gute Gemeinschaft des Glaubens wird im Übrigen nicht nur zum Engagement in ihr anregen, sondern sich auch daran freuen, wenn sich junge Menschen im Sportverein, in der Feuerwehr und auch in der Politik engagieren. Die entscheidende Frage für mich ist die, wie wir so in Kontakt bleiben können, dass Menschen spüren: Meine Kirche ist für mich und die Menschen an meiner Seite da. Wie Menschen dann ihre Kirchenmitgliedschaft leben, schreiben wir nicht vor. Wir sollten aber in Beziehung bleiben und das – es lässt sich kaum schöner sagen als im 1. Petrusbrief – „mit Sanftmut und Ehrfurcht“.

3. Demokratie stärken

Ich ziehe den Kreis jetzt noch etwas größer, indem ich auf unsere Aufgabe angesichts der aktuellen politischen Herausforderungen schaue.

3.1 Historische Entwicklung und populistische Herausforderung

In diesen Tagen steht ein bedeutendes Jubiläum an. Vor 100 Jahren wurde mit der Weimarer Reichsverfassung die Demokratie in Deutschland als Staatsform gewählt und etabliert. Damit war die grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche verbunden. Zugleich wurde den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften nicht nur Religionsfreiheit garantiert, sondern auch die Möglichkeit gegeben, das Gemeinwesen mitzugestalten. Präziser ist sogar zu sagen: Mit der Möglichkeit ist auch die Erwartung verknüpft, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften dies auch tun. Die Kirchen und auch andere gesellschaftliche Kräfte taten sich nicht leicht mit der neuen Staatsform. Die Weimarer Republik scheiterte, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Die Zeit zwischen 1933 und 1945 war die Zeit einer rassistischen, antisemitischen, menschenverachtenden Diktatur, die mit Holocaust, 2. Weltkrieg und vielem anderen großes Unglück brachte. Nach 1945 kam es zu unterschiedlichen Entwicklungen im geteilten Deutschland – eine Demokratie westlicher Prägung im Westen und eine kommunistische Diktatur im Osten Deutschlands. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das an die Weimarer Verfassung anknüpft, ist seit dem 23. Mai 1949, also seit 70 Jahren, in Kraft. Seit 30 Jahren, auch das ist ein Jubiläum, das in diesem Jahr ansteht, leben wir im wiedervereinigten Deutschland. Die lange Friedenszeit seit dem Ende des 2. Weltkrieges, auf die wir heute schauen können, hat einen wesentlichen Grund in dem Prozess der europäischen Integration. Gerade vor diesem Hintergrund braucht die aktuelle politische Situation unsere besondere Aufmerksamkeit. Diese ist davon geprägt, dass – nicht nur in Deutschland – ein neuer nationalistischer Populismus präsent ist.

3.2 Umgang mit Populismus

Andreas Voßkuhle, der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, hat bereits 2017 in einem bemerkenswerten Artikel dargestellt, dass Populismus ein Angriff auf die Demokratie ist.¹⁴ Er folgt dabei einer Definition des Politikwissenschaftlers Jan-Werner Müller. Der beschreibt den Populismus als eine „Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Eliten eigentlich gar nicht zum Volk gehören“¹⁵. Damit geht einher, dass explizit oder implizit ein Alleinvertretungsanspruch für einen vermeintlichen Volkswillen erhoben wird. Voßkuhle verweist darauf, dass das Grundgesetz von einer „Pluralität der Gesellschaft und folgerichtig von einer Meinungsvielfalt in politischen Fragen ausgeht“¹⁶. Demokratische Entscheidungen sind im Diskurs gefundene Mehrheitsentscheidungen. Funktionierende Demokratie setzt voraus, dass diese von der Minderheit akzeptiert werden und umgekehrt Minderheiten in ihren Grund- und Freiheitsrechten geschützt bleiben. Auf diese Weise wird der Populismus zunächst formal, das heißt unabhängig von der politischen Ausrichtung beschrieben.

Die Kirchenleitung hat im vergangenen Dezember eine „Orientierungshilfe für Kirchenvorstände zum Umgang mit Rechtspopulismus“¹⁷ herausgegeben. Die Orientierungshilfe nimmt die beschriebene Definition auf. Dass sie eine Orientierungshilfe zum Umgang mit dem Rechtspopulismus ist, hängt mit den aktuellen Herausforderungen zusammen. Inhalte wie die Ablehnung einer offenen und multikulturellen Gesellschaft, ein abgrenzender Nationalismus, Ausländer- und Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, eine als Genderideologie oder – Genderwahn etikettierte Auseinandersetzung mit dem Thema Geschlechtergerechtigkeit weisen den gegenwärtigen Populismus in Deutschland und in anderen europäischen Ländern als Rechtspopulismus aus. Religiös bedeutsam ist, dass im Populismus auch immer wieder die Tradition des christlichen Abendlandes aufgerufen wird. Sie wird als Identitätsmerkmal des Volkes verstanden, dessen

¹⁴ Andreas Voßkuhle, Demokratie und Populismus, FAZ vom 23.11.2017.

¹⁵ Jan-Werner Müller, Was ist Populismus? Ein Essay, 5. Aufl., Berlin 2017, S. 42.

¹⁶ Voßkuhle (wie Anm. 14).

¹⁷ https://unsere.ekhn.de/fileadmin/content/ekhn.de/download/intern/kirchenvorstand/demokratie/Orientierungshilfe_Rechtspopulismus_Kirchenvorstaende_EKHN.pdf (zuletzt abgerufen am 04.05.2019).

Willen man zu vertreten meint. Dabei ist nicht entscheidend, ob diese Tradition irgendeine Bedeutung für die Lebensführung hat. Es spielt auch keine Rolle, ob die Tradition in sich – wie dies gerade beim Umgang mit Fremden offensichtlich ist – einen anderen ethischen Anspruch vertritt. Religiöse Tradition wird stattdessen funktionalisiert und instrumentalisiert, um einerseits einen kulturellen, vermeintlich homogenen Volks-Zusammenhang zu etablieren und andererseits nach außen Abgrenzungen zu vollziehen.

Ein besonders perfides Beispiel war vor einigen Tagen ein Wahlplakat des Kreisverbandes des Saalekreises der AfD. Auf diesem Wahlplakat steht „Gott will es!“ Und darunter: „AfD stärkste Partei im Osten.“ Infam ist hier nicht nur zu behaupten, den Willen Gottes im Blick auf ein Wahlergebnis zu kennen, sondern auch mit den Worten „Gott will es“ auf den Kreuzzugsaufruf von Papst Urban II. anzuspieren und so auch eine antiislamische Konnotation einzutragen. Das ist schlicht unerträglich und kann nur aufs Schärfste zurückgewiesen werden: das hat mit Christentum nichts zu tun.

Die EKHN-Orientierungshilfe beschreibt, warum wir aus unserem Glauben an Jesus Christus heraus - und belehrt auch durch die bitteren Erfahrungen von Nationalsozialismus und Shoa - für eine demokratische, offene Gesellschaft eintreten, die sich an Vielfalt, Verschiedenheit und Toleranz orientiert. Sie beschreibt, warum wir uns für die Meinungs- und Religionsfreiheit aller Menschen und die Würde jeder Person einsetzen und so klare Position beziehen gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung Andersdenkender.

Mit der Broschüre haben wir auf zahlreiche Anfragen aus Gemeinden reagiert. Wir raten insbesondere Kirchenvorständen, sich mit der populistischen Herausforderung auseinanderzusetzen. Es ist nötig, darüber nachzudenken, wo und wann es geboten ist, sich im öffentlichen Diskurs vor Ort deutlich zu positionieren. Außerdem ist es erforderlich, das persönliche Gespräch zu suchen – insbesondere dann, wenn haupt- oder ehrenamtlich Mitarbeitende rechtspopulistische Positionen vertreten. Die Orientierungshilfe beschreibt auch, was rechtlich bedacht werden kann und muss. Wir sind überzeugt: Als Kirche können wir für eine Partei, die nicht vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde, keine generelle Unvereinbarkeit aussprechen. Das gilt insbesondere für die Mitarbeit in Kirche und Diakonie und für

die Übernahme kirchlicher Ämter. Gleichwohl halten wir es für erforderlich, dass wir uns mit jeweils konkretem Verhalten und Äußerungen auseinandersetzen und gegebenenfalls auch Konsequenzen ziehen.

Selbstverständlich bieten wir allen Gemeinden und Einrichtungen Unterstützung an – insbesondere durch die Projektstelle „Demokratie stärken“ im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, deren Errichtung sich bisher wirklich sehr bewährt hat. Die Orientierungshilfe wurde übrigens von einem Team unter Leitung von Oberkirchen-rätin Dr. Melanie Beiner erstellt. Dem Team und allen, die in etlichen Beratungsrunden daran mitgewirkt haben, danke ich herzlich.

3.3 „Vertrauen in die Demokratie stärken“ – ein ökumenischer Text

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich auf einen Text hinweisen, der im April dieses Jahres veröffentlicht wurde. „Vertrauen in die Demokratie stärken“ – so heißt ein gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD.¹⁸

In diesem Text werden vier große Herausforderungen für die „Demokratie im Zeitalter der Unübersichtlichkeiten“ beschrieben: 1. Globalisierung, 2. demokratische Gleichheit und wirtschaftliche Ungleichheit, 3. Migration und 4. Digitalisierung. Auf diese Herausforderungen hin werden folgende Konsequenzen in den Blick genommen und gefordert: 1. eine globale Ordnungspolitik, 2. Ungleichheit begrenzen, gerechte Teilhabe ermöglichen, 3. Integration gestalten, 4. Digitaler Wandel – die Chancen nutzen und klare Regeln setzen.

Ich werde jetzt nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, sondern lediglich hervorheben, mit welchem Ziel der Text geschrieben wurde. Ich zitiere: „Wir tun dies, um uns nachdrücklich zur Demokratie des Grundgesetzes und zu einem Europa, das gleichermaßen auf der Demokratie und der Herrschaft des Rechts gründet, zu bekennen. Wir Kirchen verstehen uns als Teil dieser Demokratie und nehmen unsere

¹⁸ Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und dem Kirchenamt der EKD. Gemeinsame Texte 26. Bonn / Hannover 2019. https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/gemeinsame_texte_26_demokratie_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 04.05.2019).

Mitverantwortung für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und für das demokratische Gemeinwesen ernst.“¹⁹ Zwar wird eingeräumt, dass „dies in unseren Kirchen nicht immer so gesehen wurde“ und es seine Zeit gebraucht habe, „bis der Freiheitsimpuls des Evangeliums auch in seinen politischen Konsequenzen ernst genommen wurde“²⁰. Heute vertreten die Kirchen allerdings die Auffassung, „dass der demokratische und soziale Rechtsstaat, mithin die freiheitliche Demokratie zwar keine perfekte Ordnung ist, sich aber im Hinblick auf das Zusammenleben in dieser Welt sowohl theoretisch als auch praktisch als die bestmögliche – weil unter anderem lern- und kritikfähige – politische Ordnung erwiesen hat“²¹. Die Kirchen selbst verstehen sich dabei dezidiert als Teil des demokratischen Prozesses. Das sei all denen gesagt, die meinen, Kirchen würden in irgendeiner Weise eine besondere Stellung in diesem Prozess beanspruchen. Es wird im Gemeinsamen Wort zu Recht klargestellt, dass die Kirchen dem „Wohl aller, dem `Gemeinwohl` dienen wollen.“ Und das bedeutet: „Wie wir das Gemeinwohl konkret zu verstehen haben und wie demokratische Politik aussieht, die dem Gemeinwohl dient, das steht nicht schon vor der Auseinandersetzung fest, sondern muss in ihr selbst geklärt werden.“²² Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass wir uns dies immer wieder ins Bewusstsein rufen – sowohl hinsichtlich des Auftrags, der sich daraus ergibt, als auch hinsichtlich der damit markierten Grenzen. Und ich hoffe, dass erkennbar und spürbar ist: Das ist das genaue Gegenprogramm zu jeder Form von Populismus.

3.4 Demokratie und Kirche

Wir verstehen den Glauben als eine uns von Gott geschenkte Hoffnung, die nicht ohne soziale Praxis sein kann. Das bedeutet auch, mit dazu beizutragen, dass Menschen befähigt werden, Demokratie zu leben und zu gestalten. Das gehört zu unserem Bildungsanspruch. Und es bedeutet, dass wir in unserer Kirche demokratisch miteinander diskutieren und entscheiden. Hier reiht sich – zugeben ein wenig beiläufig, aber keineswegs unangemessen – ein, dass auch unsere Kirchenordnung in diesem Jahr 70 Jahre alt wird und wir so gut und gerne auch ein 70-jähriges Jubiläum der Kirchensynode begehen könnten. Wir tun das in dieser

¹⁹ A.a.O., S. 11.

²⁰ A.a.O., S. 6.

²¹ Ebd.

²² A.a.O., S. 44.

Tagung bescheiden, indem wir arbeiten. Das Rechnungsprüfungsamt, das im Auftrag der Synode seinen Dienst tut, wird immerhin eine kleine Festschrift vorstellen.

Eins aber möchte ich an dieser Stelle nicht übergehen und auch mit wenigen Worten würdigen. Ich freue mich sehr, dass die Synode der EKHN diskursfreudig und konstruktiv arbeitet. Sie tut das im Miteinander und auch im Gegenüber zur Kirchenleitung. So nehmen wir gemeinsam – unterstützt durch unsere Kirchenverwaltung – die uns anvertraute Aufgabe wahr, Kirche zu leiten und so gemeinsam mit allen Menschen an den unterschiedlichen Orten unserer Kirche Gottes frohe Botschaft für alle Menschen in dieser Welt zu bezeugen.

Ich freue mich ganz besonders, dass die Synode dabei immer wieder sehr aufmerksam und wach wahrnimmt und aufnimmt, was in dieser Welt geschieht. Sie nimmt ihre Verantwortung wahr, diese Welt mitzugestalten, indem sie sich deutlich positioniert, wo sie dies vom Evangelium her um Gott und der Menschen willen für geboten hält. Allen, die daran grundsätzliche Kritik üben, sei gesagt: Solange wir Kirche Jesu Christi sind, können wir nicht anders. Das Evangelium ist für uns in diesem Sinne, um es mit den Worten der Barmer Theologischen Erklärung zu sagen, Zuspruch und Anspruch, der uns immer wieder stärkt und in die Pflicht nimmt.

Wir haben uns deshalb in den letzten Jahren immer wieder zu den Themen Migration, Flucht und Integration geäußert, weil wir nicht hinnehmen können, wenn Menschen im Mittelmeer ertrinken, wenn Helferinnen und Helfer kriminalisiert werden, wenn Menschen rassistisch denunziert werden oder auch wenn Abschiebep Praxis ohne humanitäre Abwägung verschärft wird.

Wir werden uns in dieser Synode mit Menschenrechten und Religionsfreiheit und mit dem Thema Frieden auseinandersetzen, weil wir uns im Namen der Hoffnung, die in uns ist, denen entgegenstellen wollen, die durch Gewalt Leid und Tod über Menschen bringen. Und wir werden uns auch in dieser Synode an die Seite unserer jüdischen Geschwister stellen und deutlich zu sagen, dass Antisemitismus ist, was es ist: Lästerung von Menschen und von Gott.

Wir werden uns weiter damit beschäftigen, was es bedeutet, diese Erde, die uns als Gottes Schöpfung anvertraut ist, in einem guten Sinn zu bebauen und zu bewahren. Wir wissen und erfahren dabei, wie schwer es ist, den eigenen Ansprüchen gerade auch im Blick auf den Klimaschutz gerecht zu werden. Aber wir sehen auch, dass wir

hier nicht nachlassen dürfen – um der Glaubwürdigkeit willen, vor allem aber um dieser Welt willen und der Menschen, die Folgen auch unseres Lebensstils zu tragen haben.

3.5 Klimawandel: Engagement von Schülerinnen und Schülern

Ich begrüße es sehr, dass durch Greta Thunberg viele junge Menschen weltweit motiviert wurden, für ihre Ansprüche an eine gute Zukunft auf die Straßen zu gehen. Angesichts eines Klimawandels, der von uns Menschen verursacht wird, machen sie sehr eindrücklich und völlig zu Recht deutlich: die Sorge um eine gute und lebenswerte Welt für die nächsten Generationen muss eine vordringliche Aufgabe sein. Ich wurde in den vergangenen Wochen, besonders auch aus den Reihen unserer

Religionslehrerinnen und –lehrer gefragt: Wie sollen wir darauf reagieren? Meine Antwort: Das Thema im Unterricht aufnehmen – natürlich auch im Religionsunterricht, das politische Interesse und Engagement fördern und dabei auch nach angemessenen Weisen suchen, die Öffentlichkeit und Menschen in politischer Verantwortung zu erreichen. Gerade weil uns das Thema auch so beschäftigt und wir zugleich fragen müssen, ob wir genug tun, deshalb rufe ich den Schülerinnen und Schülern, die sich aufgemacht haben, zu: Danke für Euer Engagement!

3.6 Europa

Danken möchte ich in diesem Bericht auch unseren europäischen Partnerkirchen. Mit diesem Dank komme ich zu einem letzten, allerdings sehr wichtigen Thema in diesem Abschnitt „Demokratie stärken“. Ich danke unseren europäischen Partnerkirchen, der Methodisten- und Waldenserkirche in Italien, der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder in Tschechien, der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Polen und der Evangelisch-Reformierten Kirche in Polen. Sie haben, vertreten durch ihre Leitenden Geistlichen, gemeinsam mit mir einen Aufruf zur Teilnahme an den Europawahlen in diesem Monat unterzeichnet. Mit diesem Aufruf bringen wir zum Ausdruck, dass wir außerordentlich dankbar sind für die Versöhnungs- und Friedensarbeit, die das Projekt Europa mitentwickelt und mitgetragen hat. Sie prägt auch unsere Begegnungen als Kirchen und unsere Zusammenarbeit. Wir sehen, dass die Europäische Union zurzeit in einer tiefen Vertrauenskrise steckt. In dem Aufruf beschreiben wir den Reformbedarf, den wir für

die EU und ihre Mitgliedsstaaten sehen, aber auch die erkennbaren Stärken und Erfolge. Wir haben uns bei der Vorbereitung dieser gemeinsamen Erklärung besonders gefragt, was unser kirchlicher Beitrag sein kann. Das Ergebnis haben wir so formuliert:

„Unser protestantisches Partnernetzwerk aus Italien, Polen, Tschechien und Deutschland erlebt in der ökumenischen Zusammenarbeit sowohl die großen Chancen als auch die Herausforderungen unterschiedlicher kirchlicher Traditionen und historischer Erfahrungen. Wesentlich stärker als bestehende Unterschiede ist das durch den gemeinsamen christlichen Glauben von uns allen geteilte Wertefundament.

Aus diesen langjährigen Erfahrungen heraus erleben wir immer wieder, wie Vielfalt auch Gemeinschaft und Einheit fördern kann. Wir sind davon überzeugt, dass der Ansatz der "versöhnten Verschiedenheit", der verschiedene christliche Konfessionen zueinander geführt hat, die Basis einer gemeinsamen europäischen Vision sein kann. Der Ansatz bedeutet: Auf der Grundlage unserer Gemeinsamkeit können wir Verschiedenheit gut leben. Die Ziele der EU-Wertegemeinschaft wie Einhaltung der Menschenrechte und Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit bilden die fundamentale Gemeinsamkeit aller EU-Mitgliedsstaaten. Die sprachliche, regionale, kulturelle und religiöse Vielfalt in der EU ist Quelle und Ansporn gegenseitiger Ergänzung und Fortentwicklung.

In Verantwortung für eine friedliche Zukunft unserer Kinder und Enkel setzen wir uns für den Erhalt und die positive Weiterentwicklung der EU ein. Wir wollen durch unsere ökumenische Partnerschaftsarbeit dazu beitragen, verlorengegangenes Vertrauen in der EU wiederherzustellen. Als in der Gesellschaft mitgestaltende Kräfte setzen wir uns als evangelische Partnerkirchen in Europa für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde ein und engagieren uns auch weiterhin in der Friedens- und Versöhnungsarbeit, damit es keinen gewaltsamen Konflikt in Europa mehr gibt.“

Diese Worte münden dann ein in einen expliziten Aufruf, wählen zu gehen. Den kann ich hier nur unterstreichen – mit der Aufforderung, die Kräfte zu stärken, die ein solidarisches und friedvolles Europa fördern und gestalten wollen.

Schlussbemerkung

Hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder, mir ist bewusst, dass ich Ihnen mit dem diesjährigen Bericht nicht nur einen historisch großen Bogen zugemutet habe: vom Blick auf die Situation der ersten christlichen Gemeinden bis hin zu den Fragen, die die Zukunft der uns nachfolgenden Generationen betreffen. Ich habe dabei von einer Kirche geredet, die aus der Hoffnung lebt. Wir sind herausgefordert, in dieser schwer überschaubaren und spannungsreichen Zeit einen Weg für unsere Kirche zu finden. Lassen Sie uns gemeinsam eine Kirche leben und gestalten, die uns am Herzen liegt und die wir so den Menschen lieb machen. Ich bin überzeugt, dass uns dies am besten gelingt, wenn wir uns selbst an der Hoffnung orientieren, von der der erste Petrusbrief so eindrücklich redet: der Hoffnung, die uns geschenkt ist durch „die Auferstehung Jesu Christi von den Toten“ (1. Petr. 1,3). Das ist eine Hoffnung, die in allem immer den Blick für das Leben öffnet, das Gott schenkt. Damit diese Hoffnung auch in bedrängter Zeit nicht verschwindet, rät der 1. Petrusbrief schlicht: „Stärkt euren Verstand, seid nüchtern und setzt eure Hoffnung ganz auf die Gnade.“ (1. Petr. 1,13) Daran tun wir sicher gut.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

